

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

1.8.1925 (No. 176)

Expedition: Karlsruhe, StraÙe Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kneub, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 am Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, StraÙe 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in der Zeitung nicht veröffentlicht werden können, ist die Zeitung vorab zu besichtigen. In beschränkter Umfang oder nicht erscheinend. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

England und Deutschland

Es ist kein Zweifel, daß die weltpolitisch so wichtigen Beziehungen der Großmächte in wesentlichen mitbestimmt werden — oder wurden — von den „familiären“ Verhältnissen hochpolitischer Familien. Eine wichtige Reiseerscheinung des Verlags für Kulturpolitik, Berlin, das Memoirenwerk des Freiherren von Reischach, des letzten Oberhofmarschalls und Oberstallmeisters des Hohenzollernhauses, mit dem Titel „Unter drei Kaisern“ gewährt wertvolle Einblicke in solche Verhältnisse. Historisch wichtig ist eine neue Auffassung des Charakters der Kaiserin Friedrich. Wie veröffentlichten und Erlaubnis des Verlags einen Brief der Kaiserin, der in Verbindung mit der ominösen Krüger-Depesche auch heute noch besonderes Interesse hat, und den Freiherren von Reischach im Zusammenhang mit einem Gespräch mit der Königin Viktoria von England gibt.

Die Königin: „Wissen Sie etwas über die Motive, welche meinen Enkel, den Kaiser, bewegen haben, die Krüger-Depesche abzugeben?“
Ich entgegnete: „Majestät, ich kann ohne Kenntnis des Vorgangs nur als Privatmann sprechen. In Deutschland war über Jameson Road eine kolossale Aufregung entstanden. In Südafrika wohnen dreihunderttausend Deutsche, sehr große deutsche Kapitalien sind dort engagiert. Es ist mir bekannt, daß der Kaiser Hunderte von Depeschen erhielt, welche ihn dringend mahnten, in der südafrikanischen Frage etwas zu tun.“

Ich betonte, daß unser Volk höchst unpolitisch und nicht so gut geschult sei, wie das englische, sich kolossal leicht hinführen lasse, in einer Angelegenheit Stellung zu nehmen, für die Regierung höchst unangenehm. Ich persönlich verstehe die Bewegung nicht; denn ich habe für die Deutschen nichts übrig. Ich sei überzeugt, daß der Kaiser niemals die Absicht gehabt habe, damit Ihrer Majestät eine Kränkung oder Unbequemlichkeit zu bereiten, oder gar das englische Volk zu beleidigen. Es sei eben eine Situation entstanden, die, gewiß nicht gewollt, in England einen so gewaltigen Widerhall gefunden.

„Ihre Antwort freut mich sehr“, erwiderte mir die Königin. „Ich war die ganze Zeit derselben Ansicht.“
Ich hatte überhaupt immer den Eindruck, daß die Königin dem Kaiser stets wohlgesinnt war und in dem unangünstigen Verhältnis zwischen Kaiserin Friedrich und dem kaiserlichen Sohn eher dazu neigte, daß der größere Teil der Schuld ihre Tochter treffe. Es mag der Umstand mitgesprochen haben, daß die Königin ein großes Herrscherbewußtsein hatte, in ihrem Enkel vor allem den Träger der Krone sah, dem sich wohl auch die Mutter untergeordnet habe, während meine Kaiserin bei den stundenlangen Unterredungen, welche ich mit ihr über ihr Verhältnis zu ihrem Sohne hatte, in ihm immer nur den Sohn sehen wollte. Der Kaiser sollte eigentlich nur im Nebenamt existieren. Maßgebend war in dieser etwas subjektiven Beurteilung für die Kaiserin die Art und Weise, wie sie ihre Mutter verehrte und mit welcher großer Bewunderung sie zu ihr aufsaß. Da war mit ihr nicht zu rechten, bei der seltenen Bedeutung dieser Frau war keine Objektivität; sie glaubte, in der Behandlung des Sohnes niemals Fehler gemacht zu haben, sie lägen nur auf der anderen Seite. Freilich schob sie die größte Schuld auf Menschen, die ihren Sohn ihr wesentlich entfremdet.

Für die Wichtigkeit meiner vorstehenden Behauptungen möchte ich einiges aus einem Brief anführen, den mir Ihre Majestät im Jahre 1897 aus England geschrieben, als Antwort auf meine Anregung, sie möge in dortigen maßgebenden Kreisen doch etwas auf den scharfen Ton der englischen Presse gegen Deutschland hinwirken:

„Was ich überhaupt tun kann, um Schärfen zu mildern, wo solche hervortreten und ich sie wahrnehme, liegt mir selbstverständlich am Herzen, aber irgendwie auf eine Presse einzuwirken zu können, ist natürlich für mich in beiden Ländern gänzlich unmöglich. In der anständigen Presse, die ich hier zu sehen bekomme, z. B. Times, Globe, Standard, Daily Telegraph und anderen, habe ich nichts gesehen, was Verlegen könnte. Die nicht anständige Presse kommt mir gottlob nicht zu Gesicht und man kann sie nur ignorieren. Es wäre bedauerlich, wenn der Kaiser sie vorzugsweise beachten sollte; denn es würde ihm ein schiefes Bild der öffentlichen Meinung geben. Wenn man von allen ungeschönten Übertreibungen absieht, bleibt leider ein Gefühl des Mißtrauens übrig, welches der Kaiser aber sich ganz allein selbst zuzuschreiben hat. Denn das Maß der Zuneigung, welches er genöÙ, war ein ganz seltsames und eine schöne Karte in der Hand, mit welcher er für Deutschland manche unschätzbaren Vorteile hätte erlangen können. Nur die Zeit kann über alles Geschehene etwas wachsen lassen und ein behagliches Verhältnis wieder herstellen. Dies halte ich aber auch für schwer, so lange der

Ton der ganzen deutschen Presse so ist, wie jetzt seit 12 Monaten, wo in Schimpf, Schmäh, Gift und Ton alles erschöpft worden ist, was nur auszusenden über England. Man sagt hier sehr wenig darüber, vor mir wird das Thema kaum jemals erörtert. Aber die Wirkung wird sein, daß England, zur Überzeugung kommend, daß Deutschland aus Prinzip feindselig sein will, nicht nur der Kaiser allein, mehr und mehr in die Arme von Rußland und Frankreich getrieben wird, welches alle Politik auf den Kopf stellt, die ich mein ganzes Leben lang als die heilsamste vor Augen gehabt und als wünschenswertes Ziel die beiden germanischen Völker und protestantischen Staaten zusammenhaltend und zusammenwirkend. Diese schöne Hoffnung ist allerdings jetzt vorläufig zunichte geworden, möchte sie dereinst wieder aufleben. Der Schaden, den Deutschland sich selbst zufügt, ist jedenfalls noch größer als der, den es England zufügt. Dieses Faktum weiß man wohl kaum ganz in Berlin zu würdigen. Wie gesagt, merken tut man hier von irgendeiner Verstimmung in täglichen Leben nichts. Die Königin rühmt stets, daß der Kaiser nie eine Gelegenheit vorbegehen läßt, um freundlich, höflich und attentiv zu sein. Er sei außerordentlich liebendswürdig und teilnehmend bei dem Tode des alten Admiral Sir Alexander Milne gewesen und wie Sie wissen, liebt meine Mutter ihren Enkel sehr.“

Deutscher Reichstag

Im Reichstag fand am Freitag gelegentlich der Beratung des Notetats eine Debatte über die **Beamtenbesoldung** statt. Der Notetat für 1925 wurde nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Dazu gehört auch eine Bestimmung, die den Reichsfinanzminister ermächtigt, den Beamten einen Zuschlag zum Grundgehalt zu gewähren, der in den Besoldungsgruppen 1—8 12½ Prozent, in den übrigen Gruppen 10 Prozent betragen soll. — Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der Zuschlag in den Gruppen 1—7 20 Prozent betragen soll, wurde in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 173 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 Mark für die Beamten der Gruppen 1—7. Der Reichsfinanzminister hatte erklärt, daß **augenblicklich** die Finanzlage des Reichs eine Aufbesserung der Beamtengehälter nicht ermögliche, auch müsse die Rückwirkung auf die Reichsbahn, wo dann neue Tarifserhöhungen kommen müßten und auch Länder und Gemeinden in Betracht gezogen werden.

Das **Zollkompromiß** der Regierungsparteien ist zwar durch die Ausschlußberatungen gebracht. Es haben sich jedoch neue Schwierigkeiten eingestellt. Da aus den Reihen der Arbeiterwähler des Zentrums, namentlich in den westlichen Industriegebieten, starker Widerstand gegen die Beschlüsse des Handelspolitischen Ausschusses sich erhoben hat, sind die Arbeiterabgeordneten der Zentrumsfraktion beim Parteivorstand vorstellig geworden und haben ihm klar gemacht, daß durch sie die Zustimmung zur Zolltarifnovelle nur dann möglich sei, wenn auf anderen Gebieten versucht würde, die Lage der minderbemittelten Schichten zu erleichtern. Dies soll nach ihrer Auffassung dadurch geschehen, daß die **Umsatzsteuer** für alle wichtigen Lebensmittel, vor allem für Fleisch (vom Landwirt bis zum Ladenverkauf) und für Brot (vom Getreide bis zum fertigen Brot) aufgehoben wird. In Kreisen der Rechten trägt man sich mit dem Gedanken, auf die Verabschiedung der Zolltarifnovelle in ihrer jetzigen Form überhaupt zu verzichten und dafür den Weg eines **Ermäßigungs-gesetzes** zu wählen, das die Regierung damit betraue, die Zollpolitik des Reichs in den nächsten zwei Jahren auf Grund der Beschlüsse des Handelspolitischen Ausschusses selbstständig zu dirigieren.

W.D. Berlin, 31. Juli.

Der Haushaltsausschuß beantragt, den **Notetat für 1925**,

der schon bis zum 8. August verlängert werden soll, eventuell bis zum 30. November zu verlängern, wenn bis dahin der normale Etat nicht erledigt ist.

Abg. **Bender** (S.) erklärt, seine Freunde seien mit der Verlängerung bis zum 8. August einverstanden, müßten aber eine Verlängerung bis zum 30. November ablehnen. Der Redner bezeichnet eine schnelle Erhöhung der Beamtengehälter, besonders der unteren Gruppen, für dringend notwendig. Die Regierung hätte zugegeben, daß alle ihre Versuche zur Preisfestsetzung vergebens waren. Diefelbe Regierung, die die jämmerlichen Gehälter der unteren Beamten nicht erhöhen will, weil sonst eine Preissteigerung eintreten könnte, erhöht selbst die Preise durch den kistenlosen Zolltarif. Der Finanzminister hat 180 Millionen zurückgestellt zur Ermöglichung der hieselfährlichen Gehaltsborauszahlungen an die Beamten. Den Beamten sei vielmehr damit abgedient, wenn diese Summen sofort zur Aufbesserung der ganz unzulänglichen Bezüge verwendet würden.

Reichsfinanzminister von **Schlieben**: Wir betonen nicht die Notlage der Beamten. Zurzeit lassen es aber leider die Verhältnisse nicht zu, im Augenblick eine Milderung der schweren Wirtschaftslage der Beamten eintreten zu lassen. Die augenblickliche Gestaltung des Reichsetats läßt eine Milderung nicht zu. Die Überschüsse des Vorjahres können unmöglich zu einer laufenden Mehrausgabe benutzt werden, weil wir nicht wissen, ob diese Überschüsse wiederkehren. (Abg. **Steinlopf** (S.): So geben Sie wenigstens eine einmalige Beihilfe.) Eine solche allgemeine Beihilfe wird allgemeiner als erwünscht bezeichnet. Wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die sehr schwierige Finanzlage der Länder und Gemeinden, die heute nicht mehr in der Lage wären, eine vom Reiche verordnete allgemeine Erhöhung der Beamtenbezüge mitzumachen. Mit größter Sorge erfüllt uns die schwierige Lage der Reichsbahn. Wir würden mit einer Aufbesserung der Beamtenbezüge die Gefahr einer weiteren Tarifserhöhung heraufbeschwören, die wiederum der Wirtschaft schweren Schaden zufügen würde. Wenn wir aber die Wirtschaft nicht mehr wieder in die Höhe kommen lassen, dann heißt das „finis Germaniae“. Im Augenblick ist es leider zu meinem eigenen größten Bedauern nicht möglich, für die Beamten etwas zu tun. Ich hoffe aber, daß sich die Finanzverhältnisse des Reichs, der Länder und Gemeinden so entwickeln werden, daß in nicht allzu fernher Zeit die Lage der Beamten verbessert werden kann. Ich handelt sich also darum, daß die Beamten noch einige Zeit aushalten. Ich weiß, daß das den Beamten nicht leicht fällt. Aber auch sie werden einsehen, daß es jetzt die wichtigste Aufgabe ist, erst wieder einmal eine ordnungsmäßige Staatwirtschaft durchzuführen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. **Diétrich-Baden** (D.) lehnt die vom Ausschuß beantragte Verlängerung des Etats bis zum 30. November ab. Eine Ermächtigung auf so lange Zeit könne das Parlament einer Regierung nicht geben, wenn es nicht sein wichtigstes Kontrollrecht, das Statutrecht, preisgeben wolle. Die Demokraten würden nötigenfalls einer Verlängerung des Notetats bis zum 15. August zustimmen.

Als der Abg. **Sedert** (R.) behauptete, Abgeordnete der Rechten gäben sich während der Verhandlungen alkoholischen Genüssen hin, kommt es zu erregten Szenen.

Abg. **Graf zu Reventlow** (BfL.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers. (Als er auf die Barmat-affaire zu sprechen kommt, ruft Abg. **Vernstein** (Soz.) in großer Erregung: **Underschwärmer** Wagner. Er erhält einen Ordnungsruf.) Der Redner empfiehlt eine Entschließung, die die Regierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß der **Außenminister** alle weiteren Besprechungen und Verhandlungen wegen des Sicherheitspakt und des Eintritts des Deutschen Reichs in den Völkerbund nur unter laufender Kenntnisnahme und mit Zustimmung des Kabinetts und des auswärtigen Ausschusses führt. Der Redner beantragt in einer weiteren Entschließung, daß die Reichsregierung ihr Aufsichtsrecht über die preussische Justiz ausüben möge, um zu verhindern, daß österrische Großhändler der Strafverfolgung entzogen und dafür pflichttreue Beamte verfolgt werden (Gelächter links.)

Abg. **Schuldt** (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers zur Beamtenbesoldungsfrage. Eine weitere Hinausschiebung der dringend notwendigen Aufbesserung für die Beamten müsse zur schwersten Gefährdung der Dienstfreudigkeit der Beamten führen.

Abg. **Stöcker** (Komm.) verliest unter lautem Hört! Hört! der Kommunisten vertrauliche Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei zur Besprechung der deutschen Antimothode. Sie bestimmen u. a.: Der Streit um die Anregungen im deutschen Aids memoire und ihre Entziehungsgeschichte und die Kenntnis und Verantwortung des Kabinetts und der Deutschnationalen ist zweckmäßig beizulegen. Aber einen etwaigen Verzicht auf Schlag-Verbringen ist auch auf Anpassungen im gegenwärtigen Augenblick möglichst nicht zu debattieren.

Abg. **Graf Westarp** (D.N.L.): Herr Stöcker hätte sich die Mühe sparen können, dieses sogenannte Dokument aus einer Redaktion stehlen zu lassen (Unruhe) und hier zu verlesen. Er hätte nur auf meine letzte Reichstagsrede achten sollen, in der ich diese Richtlinien durchaus berücksichtigt habe (Heiterkeit).

Damit schließt die Aussprache. Der Notetat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses **angenommen**. Dazu gehört auch eine Bestimmung, die den Reichsfinanzminister ermächtigt, den **Beamten einen Zuschlag zum Grundgehalt** zu gewähren, der in den Besoldungsgruppen I bis VI 12½ Prozent, in den übrigen Gruppen 10 Prozent betragen soll.

Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag, wonach der Zuschlag in den Gruppen I bis VII 20 Prozent betragen soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 173 Stimmen bei vier Enthaltungen unter Beifall der Linken abgelehnt.

Abgelehnt wird auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 Mark für die Beamten der Gruppen I bis VII.

Bei den nun folgenden Abstimmungen werden die Entschließungen der Völkischen zur Außenpolitik und zur preussischen Justiz abgelehnt. Der Notetat wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung auch in dritter Lesung endgültig angenommen. Hierauf wird

die zweite Beratung der Vermögenssteuer

fortgesetzt.

Dabei begründeten die Abg. **Ströbel** (S.), Frau Dr. **Lüders** (D.) und **Hölein** (R.) Änderungsanträge ihrer Parteien.

Der Antrag der Frau Dr. **Lüders** (D.) betrifft den Paragraphen 8. Die Vorlage will hier Vermögenssteuer nicht erheben, sofern bei einem Vermögen von höchstens 30 000 Mark und einem Jahreseinkommen von höchstens 3000 Mark der Ehegatte über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist. Frau Dr. **Lüders** beantragt, diese Vergünstigung auch der Ehefrau

zugusprechen, wenn diese regelmäßig miterwerbend oder hauptberuflich ist.

Der Antrag der Frau Dr. Biders (D.) zum § 8 wird mit einer formalen Änderung angenommen. Im übrigen wird die Vermögenssteuer unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Erbschaftsteuer.

Abg. Saube (S.) tritt für die Anträge seiner Partei ein, die eine wesentlich stärkere steuerliche Erfassung der Erbschaften verlangen. Der Redner zieht zum Vergleich die weit höheren Sätze der englischen Erbschaftsteuer heran.

Abg. Käbel (R.) bezeichnet gleichfalls die in der Vorlage vorgesehene Höhe der Erbschaftsteuer als ganz unzureichend.

Abg. Horlauer (Wahr. Sp.): Die Regierung sollte sofort nach der Durchführung der neuen Steuern eine umfassende Vermögens-, Einkommens- und Steuerstatistik aufmachen. Dann würde die Agitation, die sich auf den Vergleich mit England stützt, elend zusammenbrechen. In vielen Fällen könne vom immobilen Besitz die veranlagte Erbschaftsteuer gar nicht bezahlt werden. Darum sei die jetzige Finanzreform zu begrüßen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Regierung werde den Wünschen auf Herausgabe einer Statistik entsprechen.

Abg. Seidewitz (S.) richtet gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie durch die Ablehnung der vollen Besteuerung des Galtenerbes auf die Geldmittel verzichte, mit denen sie der Not der schlecht bezahlten Beamten steuern könne.

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Wiedereinführung der Nachtragssteuer werden abgelehnt.

Nach Ablehnung der weiteren Änderungsanträge wird die Ausschussfassung der Vorlage in zweiter Lesung angenommen. Es folgt

die zweite Beratung des Reichsbewertungsgesetzes.

In der allgemeinen Aussprache weist Abg. Keil (S.) auf die bekannte Denkschrift hin, in der die bayerische Regierung die Steuerhoheit des Reiches zugunsten der Länder erheblich einschränken wollte. Die Deutschnationalen hätten diese sehr bedenklichen partikularistischen Bestrebungen unterstützt bis zu dem Augenblick, wo sie Regierungspartei wurden. Sie haben in dieser Frage genau so gehandelt wie in der Frage der Erfüllungspolitik. Das Gesetz, das ganz den Grundgedanken der alten sozialdemokratischen Politik entspricht, begrüßen wir. Einige Fehler müssen freilich in der Vorlage korrigiert werden.

Abg. Koenen (R.) beantragt die Bewertung nach dem gemeinen Werte.

Abg. Bülow (S.) begründet sozialdemokratische Anträge in gleicher Richtung.

Abg. Wänneburg (D.) hält den Zeitpunkt für die Besteuerung nach dem gemeinen Werte noch nicht für gekommen.

Damit schließt die Aussprache. Präsident Loebe teilt dem Hause mit, daß in der Presse Mitteilungen erschienen seien, die die Mehrheit bestimmter Parteien des übertriebenen Alkoholgenusses bezichtigt hätten. Die namhaft gemachten Abgeordneten würden Strafentwurf stellen.

In der dann vorgenommenen zurückgestellten namentlichen Abstimmung über den zum Erbschaftsteuergesetz und den Sozialdemokraten gestellten Antrag, der gewisse Erleichterungen für Hinterbliebene von Kriegssoldaten vorsieht, wird der Antrag mit 261 gegen 137 Stimmen abgelehnt.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterbesprechung der Bewertungs- und die Beratung der anderen Steuergesetze auf Samstag 10 Uhr vormittags.

Das Ruhrgebiet geräumt

Freitag vormittag haben die letzten französischen Truppen Essen und Mülheim verlassen. In Essen begann aus Anlaß der endgültigen Befreiung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks gegen 12 Uhr, dem offiziellen Zeitpunkt des Ablaufs der Besetzungszeit, feierliches Glockengeläute sämtlicher Kirchen der Stadt, das etwa eine Viertelstunde dauerte. Die Straßen, insbesondere im Zentrum der Stadt, sind überaus reich besetzt. Damit ist das Ruhrgebiet nach 30 monatelanger Besetzung geräumt. Die Grenze des besetzten Gebiets und zwar des Sanktionsgebiets verläuft nunmehr vom Rhein ab bei der Gemeinde Balsum weiter zwischen den Gemeinden Solten und Hamborn, von Solten bis zur Eisenbahnbrücke Oberhausen-Sterkrade, dann die Eisenbahn von Oberhausen nach Sturum, die Eisenbahn von Sturum nach Kettwig a. d. Ruhr entlang weiter nach Gattingen.

Mit Rücksicht auf geplante nationalsozialistische Kundgebungen der Reichsradikalenverbände hat der Düsseldorf-Regierungspräsident für den ganzen Regierungsbezirk alle öffentlichen Kundgebungen einstweilen verboten. Erst am 16. August, nach der als sicher angenommenen Räumung auch des Sanktionsgebietes von Düsseldorf und Duisburg, soll eine einfache und würdige Gedenkfeier in allen Städten des befreiten Gebiets stattfinden.

Wiener Operette im Konzerthaus

Das Dreimäderlhaus.

Die Kalkulation der Direktion war nicht falsch. Obwohl diese sentimentale Schubertheater seit Jahren fastjam bekannt ist und auch hier schon oft genug gespielt wurde, fand sie ein gutbefundenes, beifällig gestimmtes Haus. Dennoch möchte ich aus Gründen des Geschmacks warnen, die Liste der mit Komponistenamen gefüllten Operettenstoffe jetzt noch weiter fortzusetzen. Nach Pope Dapin im „Musikantenmadel“ nun der gute Bertl im „Dreimäderlhaus“ das muß genügen. Wer mehr verlangen etwa nach musikalischen Lieblichen hat, der soll schließlich in einem Konzert deren Werke hören oder möge sich zuhause in ihre Biographie vertiefen.

Zur Aufführung selbst nur einige Worte. Sie hielt sich in dem bei Willi Stadler's Inzenerierung gewohnten und bewährten Rahmen, zumal dieser persönlich als Hofkapellmeister Schöll eine gemüthlich joviale Stimmung mitbrachte. Der Franz Schubert wurde von Willi Wahle so unbeholfen und ängstlich gespielt, wie er wohl nach dem Willen der Arbeiter aufgeführt werden soll. Von den Insassen des Dreimäderlhauses mußte wiederum Wilma v. Damaris ob ihrer Natürlichkeit am meisten zu gefallen. Von den andern Mitwirkenden, die mehr oder minder billige Imitation boten, ragten Dorrit Reiter als temperamentvolle Gräfin und Fritz Valenta (Baron Schöber) hervor. Nicht vergessen sei auch der dröckige Vertraute von Domy Cap. Die zu dem Singpiel gesammelte Musik Schubert'scher Melodien kamen unter Willi Seibl's Leitung wenigstens zu achtbarer Wiedergabe. Der Beifall war wie schon angedeutet recht stark und erging verschiedentlich Wiederholungen.

Der Katalog der Großen Schweizer Kunstausstellung, der zur Eröffnung in einer beschränkten Auflage fertiggestellt war, ist nunmehr erschienen. Er wird eingeleitet durch ein Wortwort des Direktors Dr. W. S. Strod und ist bearbeitet

Politische Neuigkeiten

Die Deutschenvertreibung aus Polen

Zur Austreibung der deutschen Opanten aus Polen wird aus Schneidemühl gemeldet, daß dort die von den Polen Vertriebenen in großer Zahl eintreffen. Die Verwaltung der Durchgangslager ist aufs eifrigste bemüht, sie unterzubringen und weiterzuleiten.

Von den 20 000 Deutschen, die Polen verlassen müssen, hatten am Freitag mittag 7000 die Grenze überschritten. Es handelt sich zumeist um Landwirte und Handwerker. Die preussische Staatsregierung hat alle Anordnung getroffen, um ihnen Unterkunfts-möglichkeit in Schneidemühl zu schaffen. Ferner ist Anweisung gegeben worden, daß die Opanten sofort auf die verschiedenen preussischen Regierungsbezirke verteilt werden. Eine größere Summe ist als erste finanzielle Nothilfe nach Schneidemühl von der Staatsregierung abgefordert worden. Anfangs der nächsten Woche wird sich der preussische Minister des Innern, Severing, nach Schneidemühl begeben, um die Durchführung der Nothstandsaktion in Augenschein zu nehmen.

Wie aus Schneidemühl gemeldet wird, sind dort zur Zeit etwa 6000-6500 Flüchtlinge untergebracht, Frauen mit Säuglingen, Männer, Kinder und Greise. Sie schlafen auf Holzpritschen, Strohsäcke und Strohlager. Die riesigen Hallen reichen in letzter Zeit bei weitem nicht mehr aus, den Strom der Menschenmassen unterzubringen. Deshalb mußten das Lehrerseminar und die Gebäude der 5. und 6. Gemeindefürsorge belet werden. Die Verwaltung des Lagers liegt in der Hand des Obersten a. D. Engelkin. Vom Donnerstag morgen 7 Uhr bis Freitag 3 1/2 Uhr morgens mit einer Mittagspause von 2 Stunden sind 22 Personen beschäftigt gewesen, die Eintragungen vorzunehmen, Arbeitsstellen zu vermitteln, Reisegelder für die Weiterfahrenden auszugeben usw. Noch spät um 2 1/2 Uhr nachts trafen 1000 weitere Flüchtlinge ein. Die Stimmung ist unter den Flüchtlingen im allgemeinen gut. Gedulbig stehen sie in langen Reihen an, um ihr Reisegeld zu empfangen, oder um Kaffee oder Essen zu erhalten. Zwei Drittel der täglich Eintreffenden werden bis zum Abend weitergeleitet, nachdem sie ihre Bezugszahl (50 M. für Ledige und 200-400 M. für Familien) erhalten haben.

Der sozialistische Mailänder „Avanti“ nimmt in einer Zuschrift aus Rom zu dem polnischen Volk und der Ausweisung der deutschen Opanten aus Polen Stellung. Es heißt darin u. a.: Polen, das sich eingebildet habe, dem Beispiel der Gewaltpolitik der Großmächte folgen zu können, habe als Gegenmaßnahme für die unmöglich gewordene Verlängerung der Kohlenausfuhr nach Deutschland auf einführernde deutsche Waren ungeheuerliche Zollsätze geschlagen. Nun habe Polen eine weitere grausame Maßnahme getroffen, indem es viele Tausende von Deutschen aus Polen ausweise. Es seien ausschließlich Arbeiter und Kleinhandlärer, die nun dem Hunger und Elend preisgegeben seien. Es sei unerhörte, daß sich bergelassen im 20. Jahrhundert ereignen konnte, ohne daß der Völkerverbund, der angebliche Schützer höherer Völkler, die Erzeße des Wahnsinns und des Größenwahns eines Staates verhindert habe.

Der englische Kohlenstreik vermieden

Der Konflikt im englischen Bergbau ist vorerst beendet und der Streik vermieden. Baldwin teilte am Freitag im englischen Unterhaus mit, daß auf Grund der Vorschläge der Regierung, nämlich Suspendierung der Kündigung für vierzehn Tage, zeitweise finanzielle Unterstützung und Einsetzung einer Untersuchungskommission, die Unternehmer die Kündigung zurücknahmen, um inzwischen die Bedingungen der finanziellen Hilfe der Regierung festzulegen. Die Arbeiter zogen daraufhin ihre bereits gegebene Ordre, Freitag abend die Arbeit einzustellen, zurück.

Über die zu gewöhnliche Finanzhilfe heißt es in einer offiziellen Erklärung des Schatzamtes: Die Unterstützung, welche seitens der britischen Regierung der Kohlenbergwerksindustrie bewilligt ist, soll in der Form einer Subvention zwecks Siderung der Lohnzahlungen während der 3 Monate von 1. Aug. 1925 bis 1. Mai 1926 erfolgen. Während dieser Zeit sollen die Löhne auf Grund des Abkommens vom Jahre 1924 gezahlt werden; aber falls die Löhne in irgend einem Monat dieser Zeitperiode in einem Betrag niedriger sein würden als die vorhergehenden Mindestlöhne, so werde die Differenz vom Schatzamt bezahlt werden. Somit sollen die gleichen Richtlinien verfolgt werden wie 1921. Jedoch sollen in vorliegenden Falle, falls der monatliche Durchschnittsprofit in einem Distrikt, in welchem Subventionen geleistet werden, 1 Schilling, 3 Pence (1,25 Sh) für die Tonne übersteigt, der Überschuß zur Verringerung der Subvention benutzt werden.

Kamsay Macdonald gab am Freitag in einer Rede in Aberdeen seiner großen Freude Ausdruck über die in der Kohlenstreik erreichte Regelung Ausdruck, erklärte aber, es gäbe keinen anderen Weg, das Bergwerksproblem in Ordnung zu bringen, als den der Rationalisierung. Das Berichterstatterthema der einzusetzenden königlichen Hilfe müsse umfassend genug sein, um diese Frage einzuschließen.

durch Prof. Dr. L. Fißel. Korrekturen und Ergänzungen der ersten Auflage sind berücksichtigt. Der Katalog zerfällt in zwei Hauptteile: Malerei des 19. Jahrhunderts und Kunst der Gegenwart. Durch die Zusammenführung des verschiedenartigen Materials aus Museen, Privatbesitz und Ateliers erhält er besondere Bedeutung, die erhöht wird durch nicht weniger als 40 ausgezeichnete Abbildungen. Diese zahlreichen Bilder zeigen Werke des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart, darunter wenig bekannte Bilder von Böcklin, Goltz, Welti und viele überhaupt erstmals reproduzierte Kunstwerke. Schon durch diese reichen Bildererschmud wird das über 70 Seiten starke Heft seinen dauernden Wert behalten. Der Anschlag ist von Schülern der Gewerbeschule in Zürich entworfen und von der Direktion freundlichst zur Verfügung gestellt.

Verkauf eines deutschen Kulturgutes ins Ausland. Die 42zeilige Gutenbergbibel, die sich im Besitze des Stiftes Weß (Niederösterreich) befand, ist durch Vermittlung einer bekannten Bonner Buchhandlung in englischen Besitz übergegangen. Die Verhandlungen, die sich über mehrere Monate hinaus erstreckten und die das Ziel hatten, diesen wertvollen Druck, von dem nur 13 vollständige Exemplare bekannt sind, dem Geburtslande, d. h. der engeren Heimat des Altmeyers Gutenberg, Mainz, zu erhalten, waren ergebnislos.

Eine Theater-Chorschule. Das badische Konservatorium für Musik in Karlsruhe richtet auf den 1. Oktober ds. Js. eine Theater-Chorschule ein. Es soll dadurch der Theater-Chor eine Auffrischung durch junge am Konservatorium auszubildende Kräfte erfahren. Die Ausbildung dauert zwei Jahre und erstreckt sich auf Gesangstechnik, Klavierunterricht, Theorie und das Studium einiger Werke aus der Opernliteratur.

Zur Lage in Marokko

Zur Lage in Marokko wird aus französischer Quelle gemeldet, daß die Kampftruppen von General Raulin unter Einbeziehung der Sultanstruppen einheitlich organisiert werde. Die herangezogenen Verstärkungen werden sofort in die Stellungen, die eine Ausdehnung von 300 Kilometer haben, eingeseht. Ein französischer Posten ist nach schwerem Kampf mit den Riffabulen in die Luft geflogen. In Barrach explodierte ein französisches Munitionslager infolge eines Anschlags.

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Rabat hat Abd-el-Krim einen Aufruf an die Stämme erlassen, an seine Seite zu treten, um den Kampf gegen Frankreich und Spanien zu einem guten Ende zu führen. Es heißt darin: Wir kämpfen jetzt mit einer letzten und entscheidenden Anstrengung gegen die Franzosen, die wir bald dazu zwingen werden, uns den Frieden auf der Basis der absoluten Anerkennung der Unabhängigkeit des Rif-Gebietes zu gewähren, indem sie uns die notwendigen Mittel geben, um ein Leben ohne Verdrängung und ohne Sklaverei zu führen, und indem sie uns eine beträchtliche Entschädigungssumme gewähren, um uns für all das Blut, das zu vergießen sie uns gezwungen haben, schadlos zu halten.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat eine Verfügung unterzeichnet, nach der Reserveoffiziere und sonstige Militärpersonen, die zur Disposition stehen, während der Dauer des Marokko-Feldzuges dienen können. Unteroffiziere wird ein Handgeld von 500 Franc, Soldaten ein solches von 150 Franc, am Tage ihrer Unterzeichnung des Kontraktes gewährt.

Einigung der Mächte bezüglich Chinas

W. W. Swampscott, 1. Aug. Das Staatsdepartement hat dem Präsidenten Coolidge davon in Kenntnis gesetzt, daß eine Vereinbarung zwischen den Mächten bezüglich Chinas als gesichert angesehen werden könne. Die neun Signatarmächte des Washingtoner Vertrages seien in Übereinstimmung über die zu befolgende Politik, wenn auch noch nicht über die Einzelheiten. Der gemachte Fortschritt sei ein derartiger, daß die Regierung eine vollständige Einigung für bevorstehend betrachte. Dem Präsidenten ist ferner zur Kenntnis gebracht worden, daß man erwarte, die Vereinbarung werde alle Streitfragen einschließen, darunter auch die Frage der Exterritorialität.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg beabsichtigt, wie aus Berlin gemeldet wird, im Laufe des Monats August bei der württembergischen Staatsregierung in Stuttgart seinen Antrittsbesuch zu machen. Ein genaues Datum steht noch nicht fest.

Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und sonstigen Bedarf beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt im Juli auf 143,3 gegen 138,5 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 3,6 v. S. erhöht. Nach der alten Methode würde sich die Indexziffer für den Durchschnitt im Juli auf 137,5 sonach um 4,2 v. S. höher als im Juni (128,2) stellen. Die Steigerung ist auf die teilweise Verdrängung von Kartoffeln neuer Ernte, ferner aber auch auf Preiserhöhungen der übrigen Lebensmittel, namentlich von Gemüse, Fleisch, Eiern, Milch und Milchergüssen, zurückzuführen.

Kündigung des Loktarifs bei der Reichspost. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Deutsche Reichsrundfunk den Loktarif mit der Reichspost gestern zum 31. August gekündigt.

Die Ruhrbergarbeiterverbände haben die bestehende Lohnordnung zum 31. August gekündigt; gleichzeitig wird eine Lohnerhöhung ab 1. September beantragt, deren Begründung demnächst mündlich vorgetragen werden soll. Es wird um baldige Feststellung des Verhandlungstermins gebeten.

Zugeländnisse an die Saarbergarbeiter. Heute, Samstag, nachmittag finden im Saargebiet die beschlußfassenden Verhandlungen der am Bergarbeiterfreit beteiligten Organisationen statt, um zu dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen hat in den letzten Tagen Verhandlungen mit der Bergwerkdirektion noch einige Verbesserungen erfahren. Wie verlautet, wurde neben der eigentlichen Lohnerhöhung auch die geforderte Verbesserung des Ruhezustandes und des Gesundheitszustandes. Von der Entscheidung der heutigen Konferenz hängt es ab, ob die Arbeit im Saargebiet wieder aufgenommen wird.

Deutsche Kriegsgefangene in der Wandschurci. Durch die Presse ging vor einiger Zeit eine Meldung, wonach deutsche Kriegsgefangene in Rußland nach der Wandschurci verschleppt worden seien. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsverwundeten hat sich daraufhin mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Verbindung gesetzt. Vom Auswärtigen Amt wurde mitgeteilt, daß nach Aussagen der zuständigen Konsulate in Romo Nikolajewsk und Wladivostok es als unmöglich angesehen wird, daß Kriegsgefangene als Sklaven an Chinesen in der Wandschurci verkauft worden seien. Von den deutschen Konsulaten werde alles getan, um die noch zurückgebliebenen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückzuführen. Derartige Zeitungsnachrichten und Gerüchte tauchten immer dann auf, wenn Kriegsgefangene ihre spätere Rückkehr vor der Öffentlichkeit besprechen wollten. Konsul Richter teilt mit, daß die Notiz eigentlich aus der französischen Zeitung „Petit Parisien“ stammt, daß schon einmal aus Baden in dieser Angelegenheit eine Anfrage an das Auswärtige Amt gelangt war und dieses sich feinerseit schon damit beschäftigt hatte, ohne irgendwelche Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Mitteilung finden zu können. Das Auswärtige Amt halte es deshalb, nachdem auch von den genannten Konsulaten Berichte eingegangen seien, für aussichtslos, in dieser Angelegenheit überhaupt noch etwas zu unternehmen. Hierzu ist mitzuteilen, daß auch ein Mitglied des Reichsbundes, das kürzlich aus China zurückgekehrt ist, sich dahin äußerte, daß es ausgeschlossen sei, daß jemals deutsche Kriegsgefangene von den Chinesen als Sklaven festgehalten worden seien. Es sei bekannt, daß die Chinesen gerade für die Deutschen eine große Sympathie hegten.

Falsche Rentenbankheine. Seit einiger Zeit werden in Süddeutschland Nachbildungen von Rentenbankheinen zu 10 Rentenmark in den Verkehr gebracht, bei denen das Wasserzeichen durch Nachdruck bezog. Aufdruck nachgeahmt worden ist. Anstelle des Stoffaufbaus ist der rechte Teil der Vorderseite mit einem hellgrün gefärbten Alabaster überzogen worden, worauf die Fasern eingestreut sind. Bei den echten Scheinen sind die Fasern in Papier eingebettet. Der Untergrund der falschen Scheine zeigt ein verschwommenes unklares Bild, die Beschriftung weicht an verschiedenen Stellen von der echten ab. Für zweidienliche Mittelungen, die zur Ermittlung der Fälscher führen, zählt die deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Reichsmark.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Verlage über die Redarkanalisation

Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Redarkanalisation vorgelegt, wonach das Land Baden für die Strecke Mannheim bis Heilbronn folgende weitere finanzielle Leistungen übernimmt.

1. Übernahme weiterer Aktien der Redar-A.G. in Stuttgart im Nennbetrage von 230 000 Reichsmark, 2. Umwandlung der bis Ende 1925 gestundeten Zinsen aus den bisher der Redar-A.G. gewährten Darlehen in ein weiteres Darlehen von 145 000 Reichsmark, 3. Gewährung von Darlehen an die Redar-A.G. bis zur Höhe von einem Sechswandzwanzigstel der für den Bau noch weiter erforderlichen Geldmittel, soweit sie nicht durch Anleihen oder sonstige Einnahmen der Redar-A.G. aufgebracht werden können. Diese Darlehen dürfen den Betrag 2 640 000 Reichsmark, verteilt auf 11 in den Jahren 1925—1935 zahlbare Jahresbeträge von je 240 000 Reichsmark nicht übersteigen. § 2 besagt, das Staatsministerium wird ermächtigt, zusammen mit dem Deutschen Reich und den Ländern Württemberg und Hessen für Anleihen der Redar-A.G., die Bürgerschaft unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß das Reich mit vier Sechstel, Württemberg mit einem Sechstel, Baden und umgekehrt Baden dem Reich, Württemberg und Hessen mit einem Sechstel Rückbürgschaft leistet.

Der für das Rechnungsjahr 1925/26 erforderliche Betrag von 450 000 RM. erscheint im zweiten Nachtrag für die Reichsjahre 1924 und 1925.

Weitere Eingänge

Auch der Bad. Städtebund hat zum Steuerverteilungsgesetz eine Eingabe an den Landtag gerichtet.

Ein Antrag Duffner (Str.) u. Gen. betrifft die steuerliche Behandlung der Waldungen. Er will die Regierung ermächtigen, mit Wirkung vom 1. April 1925 ab, an Stelle der erhöhten Waldsteuerkapitalien die Friedenssteuerwerte unter Berücksichtigung der berichtigten Wechsellagswerte zu setzen. 2. bei Waldungen mit ausgleichendem Betriebe auf Antrag Befähigte bis zu 40 Jahren nur mit 25 Prozent des Steuerwerts zur Steuer heranzuziehen. Ferner soll die Regierung ermächtigt werden, den Befugten von kleinen und mittleren Waldbesitzern um gnadewweisen Nachlaß oder Rückerlaß der für das Jahr 1924 gezahlten oder für das laufende Jahr fälligen Grund- und Gewerbesteuern in weitgehendem Maße entgegenzukommen und auch kleine Reiche für eine Sonderbehandlung dieser Pflichten hinsichtlich der Einkommen- und Vermögenssteuer einzutreten.

Die Abg. Niggel (Str.) u. Gen. haben einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, bei Aufstellung des Staatsbudgets für 1926/27 die nach § 120 Abs. 2 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 ernannten Oberlehrer zum mindesten dann, wenn die ihnen unterstellten Schulabteilungen 20 und mehr vollbeschäftigte Lehrkräfte umfassen, unter die Retoren großer Volksschulen einzureihen.

Dem Landtag ist eine Novelle zum Fortgesetz zugegangen, wonach die Waldungen der bisherigen Landes- und Grundherren wie Privatwaldungen behandelt werden. Die Aufsicht darüber wird nach Maßgabe der §§ 87 bis 93 durch die Staatsforst- und Staatsverwaltungsbehörden geführt. Man will durch diese Maßnahme die bisherigen Stammguts-waldungen gegen Zersplitterung und übermäßige Ausbeutung schützen.

Für oder gegen den Redarkanalbau

Gegenüber den Vorstellungen, die sich gegen die Fortführung des Redarkanalbaus richten, hat der Vorstand des Verbands Würt. Industrieller in seiner letzten Sitzung folgende Stellung eingenommen:

Der Verband Würt. Industrieller, der sich seit Jahren für den Anschluß Württembergs an die Rheinwasserstraße durch einen leistungsfähigen Schiffahrtsweg eingesetzt hat, betrachtet die Erfüllung dieser Forderung nach wie vor als ein wesentliches Mittel zur Förderung der württembergischen Wirtschaft und zum Ausbau ihrer Verbindung mit der Wirtschaft der anderen Reichsteile und mit der See. Er richtet daher an alle maßgebenden Stellen im Reich und in den Redarstaaten die dringende Bitte um beschleunigte Fortsetzung der begonnenen Redarkanalisation ohne Beachtung des rein örtlichen, die wirtschaftlichen Bedürfnisse verkennenden Heibelberger Protestes. Angriffe gegen die württembergische Industrie, als ob sie ihr Interesse am Redarkanal jenseits anders als mit durchaus einwandfreien Mitteln und in völlig offener Weise verfolgt hätte, weist der Verband mit Entschiedenheit zurück.

Die Stadtverwaltung Heidelberg hat in der Frage der Redarkanalisation auf Grund ausgiebiger Erörterungen im Schoße des Stadtrates eine Eingabe an das badische Staatsministerium, den badischen Landtag, das Reichsverkehrsministerium, das Reichsfinanzministerium und den Reichstag gerichtet, worin im Hinblick auf die völlig veränderten Verhältnisse den maßgebenden Stellen die dringende Bitte unterbreitet wird, nochmals eingehend die Frage zu prüfen, ob in der heutigen Zeit die Weiterführung des Kanals noch des Opfers wert ist, das die Stadt Heidelberg, das Redartal und mit ihnen ganz Deutschland bei der Weiterführung der Kanalarbeiten zu bringen hätten. Es wird darauf hingewiesen, daß der geplante Kanal in absehbarer Zeit nur die Eigenschaft eines Stichkanals bis zur nächsten württembergischen Hafenstadt erhalten soll. Die Stadtverwaltung Heidelberg will keineswegs die Fortsetzung erheben, die Ausführung des Projektes für alle Zeiten aufzugeben; es könnten Zeiten kommen, in denen jenen großen vaterländischen Momente wie damals wieder in den Vordergrund treten und gebietet auch die größten Opfer erheischen. Heute aber scheinen die Voraussetzungen für solche Opfer nicht mehr vorhanden zu sein.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wandte sich am Freitag der Mannheimer Abg. Dr. Danemann (DN) unter Zugrundelegung des Heibelberger Standpunktes gegen den weiteren Ausbau des Redarkanal. Ende September wird der Verkehrsausschuß des Reichstages die Strecke Heilbronn bis Heidelberg besichtigen. Bis dahin dürfte wohl eine endgültige Stellungnahme ausgeht werden.

Falsche Kennzeichen an Kraftfahrzeugen

Zur Bekämpfung der in letzter Zeit sich mehrenden Verwendung falscher Kennzeichen an Kraftwagen werden beim Landespolizeiamt in Karlsruhe die betr. Nummern registriert, damit im Falle späterer Ermittlung des fraglichen Kraftfahrers sämtliche Strafakten, die unter dem falschen Kennzeichen verübt wurden, ihre Erlebigung finden können. Die Bezirksämter werden dem Landespolizeiamt entsprechende Nachfragen zukommen lassen. Es wird also dringend vor der Verwendung falscher Kennzeichen an Kraftfahrzeugen gewarnt.

In den Landtagswahlen

Auf der sozialdemokratischen Wahlkreisversammlung für den ersten badischen Landtagswahlkreis (Konstanz-Billingen) wurde für die kommende Landtagswahl folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Großhans, Schriftföhrer, Konstanz, 2. Schiffereder, Wilhelm, Geschäftsföhrer in Billingien, 3. Lehn, Friedrich, Landwirt in Egeltingen, 4. Wehmer Leopold, Malermeister in Donaueschingen, 5. Schwarz Emma, Konstanz, 6. Tesmer Friedrich, Werkmeister in Singen, 7. Pipp Franz, Instrumentenmacher, Möhringen, 8. Trall Franz, Landwirt und Gemeinderat in Radolfzell.

Wie verlautet, hat auch das langjährige Landtagsmitglied, Bürgermeister Josef Hiegelmeier in Langenbrüden dem Vorsitzenden der badischen Zentrumspartei mitgeteilt, daß er infolge hohen Alters nicht mehr kandidieren werde.

Der Ausbau des Oberrheins

In einem Aufsatz zur Oberrheinfrage, den der „Bad. Beob.“ veröffentlicht, weist Vaurat Schneider, ebend. Vorstand des Wasserbauvereins Straßburg, Leiter der el.-losh. Rheinregulierung und Rheinschiffahrts-Inspektion des Bezirks Basel-Kauteremündung, auf die wenig beachtete dritte Möglichkeit des Ausbaus der Oberrheinstrecke Straßburg-Basel, nämlich die der Stromkanalisierung hin, die nach seiner Meinung eine weit bessere und für Deutschland vorteilhaftere Lösung des vielumstrittenen Problems darstelle als die Rheinregulierung (die die Zentralkommission durch ihren Beschluß vom 29. April d. J. genehmigt hat) und den französische Rhein-Seitenkanal.

Auf dem kanalisiertem Rhein — so führt Vaurat Schneider aus — müßten zwar auch, wie auf dem Seitenkanal, Schleusen durchfahren werden, aber dafür biete er ein besseres, breiteres und tieferes Fahrwasser, in dem die Schlepplüge jederzeit aufbrechen und wenden können, habe sicheren Untergrund und friere nicht zu. Zudem vermeide er die Gefahren des Seitenkanals für die Landwirtschaft infolge der Trockenlegung des Rheinbettes. Wenn er auch mit dem offenen, regulierten Rhein nicht konkurrieren könne, so sei er doch zweifellos dem Seitenkanal weit überlegen, so daß nicht einzusehen sei, warum die Stromkanalisierung — nachdem nun einmal der Rheinregulierung nur eine kurze Lebensdauer zugemessen worden ist — nicht dem Bau des Seitenkanals vorgezogen werden sollte, zumal da auch die elektromechanische Ausnützung der Wasserkraft ein viel besseres, billigeres, also wirtschaftlicheres Mittel darstellt, als dieser Kanal, dessen Herstellung ungefähr fünfmal soviel kosten wird als die Regulierung und Kanalisierung der Oberrheinstrecke Straßburg-Basel zusammengekommen. Als zweckmäßigste Lösung der Oberrheinfrage schlägt der Artikelverfasser auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen im Rheinbau und im Kanalbau daher folgende vor: „Zuerst Regulierung des Rheins, wie genehmigt, und daran anschließend Kanalisierung des regulierten Stromes.“ Er schließt seinen Aufsatz wie folgt:

„Daß gerade Deutschland an der vorgeschlagenen Lösung in hervorragendem Maße interessiert ist, braucht nicht besonders auseinanderzusetzen zu werden, würde es doch auf diese Weise der drohenden Gefahr entgegen, durch den französischen Seitenkanal vom Oberrhein weggedrängt und in seinem Wirtschaftslieben dauernd auf das empfindlichste geschädigt zu werden. Mit dem kanalisiertem Rhein lassen sich die aufblühenden gemerbestehigen Städte Offenbourg, Lahe, Freiburg, Bruch und andere durch Stichkanäle und Hafenanlagen mit Leichtigkeit verbinden, so daß diese Industriezentren den lebenswichtigen Anschluß an die Hauptflughader des großen Weltverkehrs erhalten können, ohne den sie allmählich verkommen und untergehen müßten, ein Schicksal, das ihrer mit Sicherheit wartet, wenn der Canal d'Alsace dereinst in Funktion treten und den dann umsonst regulierten Rhein trocken legen wird. Darum muß deutschseits verhandelt werden, auf dem Wege der Verhandlungen mit den beteiligten Staaten zu erreichen, daß an Stelle des kostspieligen Baues des ungewöhnlichen Seitenkanals die weit billigere und vorteilhaftere Kanalisierung des vorher regulierten Rheinstromes tritt.“

Umfang und Erträge des Freiburger Stadtwaldes

Der Freiburger Stadtwald umfaßt gegenwärtig rund 3560 Hektar. Davon entfallen auf Hochwaldungen rund 2561 Hektar in den Gemarkungen Freiburg, Horben und Kirchgarten, auf den Rosswald rund 825 Hektar in der Gemarkung Freiburg und auf den Rieselfeldwald rund 172 Hektar in der Gemarkung St. Georgen. Bei der ersten Forsteinrichtung im Jahre 1842 setzte sich der städtische Hochwaldbestand aus 53 Prozent Laubholz und 47 Prozent Nadelholz zusammen. Jetzt stellt sich das Verhältnis bei den Hochwaldbeständen auf 42,3 Prozent Laubholz (Buche 31, Eiche und sonstige Laubholz 11,3) und 57,7 Prozent Nadelholz (Tanne 34,7, Fichte 18, Forle, Lärche und ausländische Nadelarten 5 Prozent). Der weitaus größte Teil der Hochwaldfläche ist mit Nadelbäumen bestockt. Für die künftige Wirtschaft wird eine Mischung angestrebt von 40 Prozent Laubholz und 60 Prozent Nadelholz. Von den ausländischen Nadelbäumen hat sich am besten gehalten die grüne Douglasie, auch die Weimutsforle war meist gesund. Der Rosswald ist in der Hauptsache mit Eiche, Eiche und Erle besetzt. Der Rieselfeldwald, der s. Zt. zur Anlage des Rieselfeldes erworben wurde und zu dessen Erweiterung zur Verfügung steht, was aber in absehbarer Zeit nicht erforderlich sein dürfte, wird als Hochwald bewirtschaftet. Hier ist die Eiche mit 98 Prozent, die Alage mit 2, die Eiche mit 16, die Hainbuche mit 13 und sonstige Holzarten mit 9 Prozent vertreten.

Die Erträge aus den Stadtwaldungen stellten sich in den Jahren 1842 bis 1881 auf 55 000 Mark und erreichten in den Jahren 1892 bis 1901 erstmals einen Reingewinn von über 117 000 Mark. In den Jahren 1902 bis 1911 betrug der Reingewinn rund 194 000 Mark, d. h. rund 60 Mark auf einen Hektar, um dann in den Jahren 1912 bis 1921 auf rund 168 000 Mark zu sinken. Der Voranschlag für das Jahr 1925 erwartet einen Überschuß von 107 000 Mark.

Dr. E. Freiburg.

D. J. Forzheim, 31. Juli. Bei der Urabstimmung über den Schiedspruch in der Forzheimer Schmalwarenfabrik haben 11 087 Arbeitnehmer abgestimmt. Für den Schiedspruch erklärten sich 2481, dagegen 8556, womit also die Dreiermehrheit für die Ablehnung überstimmte ist. Von den Arbeitgebern haben 475 abgestimmt, davon 431 für die Ablehnung und 40 für die Annahme, während sich 4 der Stimme enthielten. — Rumreißer wird wahrscheinlich das Reichsarbeitsministerium eingreifen.

Ausstellung „Der Zahnarzt“

Ein Rundgang

Die in Verbindung mit der derzeit in Karlsruhe stattfindenden Tagung des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands in der Aula der Technischen Hochschule unter dem Namen „Der Zahnarzt“ gestern eröffnete Ausstellung für Schulzahnpflege und soziale Hygiene ist eine Veranstaltung, wie sie bisher in solchem Ausmaße auf dem Gebiete der Zahnheilkunde noch nicht dagewesen ist. Die Ausstellung, die bis zum 8. August dauert, gibt ein lüdenloses Bild über alle diejenigen Gebiete, die zum Rüstzeug des Zahnarztes gehören, nicht nur dem Zahnarzt, sondern in äußerst lehrreicher Weise auch der Allgemeinheit.

Vor dem Eingang sehen wir in einem Wagen untergebracht die erste fahrbare Schulzahnklinik. Den Unterschied zwischen alter und neuer Zeit zeigen ein veraltetes, unhygienisches und unpraktisches Arbeitszimmer vom Jahre 1850 mit seinen Blüschmöbeln und eine blühende Einrichtung modernsten Stils. Die kulturhistorische Abteilung, größtenteils Eigentum des Dr. Prossauer-Breslau, eine mit außergewöhnlicher Sorgfalt zusammengebrachte sehr wertvolle Sammlung bringt zahnärztliche Instrumente, die Entwicklung des Zahnarztes von den ältesten Zeiten an, zahnärztliche Literatur und Darstellungen des Zahnarztes, die einen fast lüdenlosen Einblick in die Entwicklung der Zahnheilkunde gewähren. Bis zum 19. Jahrhundert übten die praktische Zahnheilkunde lediglich Barbier und Wundärzte aus, während der wissenschaftlich gebildete Arzt lediglich Theoretiker blieb. In dieser Abteilung sehen wir u. a. ein 2500 Jahre altes Zahnerschädel aus Gold, das in einem etruskischen Grabe gefunden wurde. Die ersten Anfänge moderner Zahnheilkunde stellen kunstvoll geschnitzte Eisenbeißer mit Natur- und künstlichen Zähnen dar: interessant sind auch die von Japanern gefertigten Gebisse aus Holz, die mit Zähnen aus Speckstein versehen sind. Das älteste zahnärztliche Werk in deutscher Sprache, die Zeene-Archiv von 1536, und viele andere wichtige Dokumente sind zu sehen. Darstellungen des Zahnarztes in der Kunst finden wir in großer Menge in Kupferstichen, Lithographien, Zeichnungen. Im Vorraum sehen wir die Entwicklung des Menschen und die der Zähne in der Zeit vor der Geburt dargestellt, welche Entwicklungsstadien sich fortsetzen in Schädelpräparaten aus der Zeit nach der Geburt. Hier können wir den Durchbruch der Milchzähne und den der bleibenden Zähne verfolgen bis zum Augenblick, in dem das ausgebildete bleibende Gebiß vollendet ist. Die Alterungsvorgänge mit ihren umfangreichen Veränderungen an den Kiefern werden dargestellt, ebenso die krankhaften Veränderungen. Wir sehen Zerng- und Kieferbildung, verlagerte Zähne, die während des Lebens nicht zum Durchbruch kamen, Knochenveränderungen, die Erkrankungen der Weichgebilde zeigen und zwar nicht nur die des Knochens, sondern auch die des Magens z. T. als Folgeerscheinung schlechter Kauwerkzeuge. Einen vergleichenden anatomischen Überblick über das Gebiß gestattet eine Reihe von Tier Schädeln.

Im Seitengang, der sich an den Vorraum anschließt, finden wir an der Wand Bilder von Kieferverletzungen, die durch zahnärztliche Hilfe geheilt wurden. Einige Tafeln zeigen Veränderungen im Gebiß von Varietätskünstlern. Weiter sehen wir Kieferverletzungen des Schädels, Geschwülste, entzündliche Veränderungen der Mundschleimhaut und Folgen von Entzündungen, die von den Zähnen ausgehen. Die Entfernung der Wurzelspitze, ein Eingriff durch den in manchen Fällen allein nur die Erhaltung des Zahnes möglich ist, ist an Modellen und Röntgenbildern dargestellt. Die bösartigen Geschwülste (z. B. Krebs) und eine Reihe anderer Kiefererkrankungen, wobei in kunstvoller Weise an Stelle des fehlenden Knochens Ersatz eingefügt wird, werden durch übersichtliche Darstellungen gezeigt. Die Wanderausstellung des Deutschen Zentralkomitees für Zahnpflege in den Schulen gibt ein Bild von dem, was das Verständnis für die Bedeutung des Gebisses in seinem gesunden und kranken Zustande wecken und fördern kann. Wir erkennen, daß die Zähne und ihre Umgebung keine vom Körper unabhängigen Gebilde sind, sondern durch zahllose Erkrankungen anderer Organe, durch Blut- und Saftveränderungen, durch nervöse Störungen des Körpers usw. beeinflusst werden. Andere Ausstellungsobjekte zeigen Mißbildungen und Veränderungen des Kopfes, die Kieferbruchbehandlung in behelfsmäßiger und endgültiger Form, Gelenkmassagen, deren Bau genaue Kenntnisse der nicht einfachen Kiefergelenkbewegungen voraussetzt. Ein Laboratorium mit allen Hilfsapparaten zur Anfertigung von Zahnersatz wird gezeigt, an großen Wachmodellen der Verlauf einer Wurzelbehandlung, die Schäden der Hartsubstanz der Zähne (Schmelz- und Zahnbein), die sich durch Füllungen aller Art (Amalgam, Zement, Gold, Porzellan) wieder ausgleichen lassen, Veränderungen der Mundschleimhaut als Ausdruck von Haut- und Geschlechtskrankheiten usw. Bilder von Lungenheilstätten und statistische Darstellungen der Landesversicherungsanstalt mahnen daran, durch Gesunderhaltung der Kauwerkzeuge diese Volksfeinde zu bekämpfen. Der Verwendung von Licht-, Wärme-, Röntgen- und Radiumstrahlen ist eine besondere Abteilung gewidmet. Die österreichischen Zahnärzte haben eine sorgfältig zusammengestellte Sonderausstellung der Hygieneausstellung Wien aufgebaut, die den Zahnarzt in allen erdenklichen Arten zeigt. Auch die zahnärztliche Orthopädie, die Zahn- und Kieferregulierungen hat hier Raum gefunden. Hier sehen wir auch die Folgen des Daumenlutschens der Kinder und die Korrekturen verschiedener Anomalien des Gebisses, die im Kindesalter leicht vorgenommen werden können. Der wissenschaftlichen Abteilung, die von Privatdozent Dr. Aron-Berlin, dem Leiter der Ausstellung, früher Dozent in Freiburg i. B., in ganz kurzer Zeit organisiert und zusammengebracht hat, schließt sich auch eine Ausstellung der mit der Zahnheilkunde in Verbindung stehenden Firmen an. Die wissenschaftliche Abteilung haben u. a. besichtigt: Die Freiburger Universitäts-Klinik, das Deutsche Hygienemuseum Dresden, die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das Deutsche Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen, Schweizer Zahnärzte. Schließlich lernen wir auch die zahnärztlichen Behelfseinrichtungen, die im Felde gebraucht wurden, kennen.

Vorträge

Im Anschluß an die gestrige Ausstellungseröffnung wurden nachmittags nach einer Verabschiedung des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands im Vortragssaal der Ausstellung (Aula der Technischen Hochschule) mehrere Instruktionsvorträge gehalten.

Privatdozent Dr. Cohn-Berlin, Generalsekretär des deutschen Zentralkomitees für Zahnpflege in den Schulen, sprach über die Bedeutung der Zahnpflege und wies darauf hin, daß diese im Rahmen der gesamten Schulgesundheitspflege für die Gesunderhaltung der Zähne und der Mundhöhle während der Schulzeit zu sorgen habe. Diese Aufgabe könne die Schulzahnpflege aber nur erfüllen, wenn Lehrerschaft, Behörde, Elternhaus und Zahnärzteschaft gemeinsam dieselben Ziele dienten. Der Zahnarzt habe hierbei nicht nur sein spezielles Arbeitsgebiet zu berücksichtigen, sondern er müsse in der allgemeinen Gesundheitsfürsorge des Kindes soweit

durchgebildet sein, daß er dem Schularzt ein wichtiger Mitarbeiter für die allgemeine Gesundheitspflege sei.

Prof. Dr. Dietrich sprach über „Zahnweiden“ und wies an Hand einer großen Anzahl von Photographien und Röntgenbildern nach, wie außerordentlich verschiedenartig die Ursache der Zahnweiden ist. In sehr häufigen Fällen handelt es sich bei örtlich empfundenen Schmerzen an den Zähnen gar nicht um Erkrankungen dieser Zähne, sondern es könne der Schmerz ausgestrahlt oder „übergesprungen“ sein, entweder von einem anderen Zahn desselben Kiefers, oder auch des anderen Kiefers, ja selbst Schmerzaustrahlungen in die Zähne von ganz anderen Körpergebieten seien nichts seltenes, so daß es genauer Kenntnis dieser Dinge bedürfe, um Fehler zu vermeiden.

Dr. med. Geißler von der Tuberkulose-Beratungsstelle Karlsruhe sprach über „Tuberkulose und Hygiene der Mundhöhle“ und kam zu dem Ergebnis, daß wenn schon tuberkulöse Erkrankungen vorliegen, ein Heilverfahren irgendwelcher Art nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn vor Einleitung desselben eine gründliche Sanierung der Mundhöhle stattgefunden habe. Die Ausführungen aller Referenten fanden den lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer.

Abends fanden sich die Teilnehmer an der Tagung mit ihren Damen zu einer gemütlichen Geselligkeit im Künstlerhaus beisammen, wo eine Musikabteilung und der Kriegsinvalide Dr. Ebbele-Heidelberg als suggestiver Minister die Unterhaltung durch ihre Vorträge würzten, nachdem der Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe, Dr. Kurz, in einer Begrüßungsansprache unter Hinweis auf die ersten Stunden der Beratung der Fidejussus für wenige Stunden das Wort gegeben hatte.

Aus der Landeshauptstadt

Einigung im Baugewerbe? Die Aussperrung im Baugewerbe dauert an; doch rechnen eingeweihte Kreise auf Grund von Verhandlungen, die unter der Hand gepflogen werden, auf eine Einigung Mitte der kommenden Woche.

Einen tragischen Tod fand der verheiratete 55-jährige Eisenbahnarbeiter Julius Gauer, Vater von fünf Kindern im Stadtteil Weierheim. Gauer begab sich gestern Nacht aus Gefälligkeit in den Kuhstall eines benachbarten Kaufmanns, um dort beim Kalben Hülfe zu leisten, und legte sich dort schlafen. Während der Nacht brach die Decke ein. Es fielen schwere Betonplatten, drei Balken und ca. 80 Fruchtgarben auf den schlafenden herunter und drückten ihm den Schädel vollständig ein. Seine Ehefrau, die ihn am Morgen rufen wollte, fand ihn unter den Trümmern als Leiche vor. Auf und Raib waren unverfehrt. Durch die Gerichts- und Baukommission wurde festgestellt, daß die Tragbalken der Decke, soweit sie in die Mauer eingelassen waren, auf der Wetterseite abgefault waren. Vor ca. 15 Jahren wurden diese Balken mit einem 12 cm starken Betonbelag, der Vorfahrt zuwider, ausgefüllt, der jetzt den Einsturz begünstigte.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus. Von heute Samstag, 1. August, bis einschließlich Montag, 3. August, steht das reizende Altwiener Singpiel „Das Dreimäderlhaus“ von Franz Schubert auf dem Spielplan. Der beliebte Ausstattungs-

schlager „Gräfin Mariza“ kommt in der nächsten Woche am Dienstag und am Samstag zur Aufführung. Es wird nochmals aufmerksam gemacht, daß die Sonntagsvorstellungen um 7 Uhr beginnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 1. August, vormittags 8 Uhr. Die Gyllone liegt unverändert über Skandinavien und beherrscht weiterhin die Wetterlage. Vereinzelt Regenfronten in ihrer Peripherie bringen bei ihrem Vorüberzug über Deutschland vielfach Regen. Der Einbruch von Kaltluftmassen aus Norden auf der Rückseite der Gyllone kann in einigen Tagen erneut Abkühlung bringen. Da allgemein eine Verbreiterung des Bereiches dieser Gyllone zu beobachten ist, darf vorderhand mit wesentlicher Änderung der bestehenden Wetterlage nicht gerechnet werden. **Vorausage für Sonntag:** Fortdauer des unbeständigen mäßig warmen Wetters, strichweise Niederschläge. **Vorausage für Montag:** Keine wesentliche Veränderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

OB. Heidelberg, 29. Juli. Vom 1. Januar bis 19. Juli sind in den Heidelberger Hotels 79 704 Fremde übernachtet, darunter 5 037 Ausländer, meist Amerikaner. Im vorigen Jahres waren es zu derselben Zeit 2150 Ausländer.

OB. Schönnau i. B., 31. Juli. Heute früh kurz nach drei Uhr entstand in der Stallung des Landwirts August Nuch in der Lebergasse in Uhenfeld aus noch unbekannter Ursache ein Brand, dem leider vier dicht-bewohnte Häuser in der Mitte des Ortes zum Opfer fielen, trotzdem die Feuerwehren von Uhenfeld, Schönnau, Schönenberg, Altrien, Gschwend, Schlechtan und Todtnau angestrengt tätig waren, des Feuers Herr zu werden. Es gelang nicht, die vier Wohnhäuser mit den Scheunen, die sämtlich bis auf den Grund niederbrannten, vor der Vernichtung zu bewahren. Auch der Turm der benachbarten Kapelle wurde von den Flammen ergriffen. Neun Familien mit 72 Köpfen sind ihrer Habe größtenteils beraubt.

WB. Stuttgart, 31. Juli. Zu dem Unfall beim Neubau der Stuttgarter Stadthalle ist nunmehr festgestellt worden, daß die Ursache des Baunntalles lediglich in einem Windstoß von besonderer Stärke zu suchen ist, welcher den in Montage befindlichen Bänder auf einen anderen Bänder warf und ihn zum Einsturz brachte. Der Sachschaden ist dem Vernehmen nach durch Versicherung gedeckt. — Daß die Stadthalle nach dem Sollinger System gebaut werden sollte, ist irrig. Nach einer Mitteilung der Deutschen Zollbau-Rigentgesellschaft, G. m. b. H., Berlin, weist die Sollinger Konstruktion überhaupt keine Bänder auf, sondern sie besteht aus einem gleichmäßigen Kuppelwerk von besonders bewährtem Aufbau. — Der Wiederaufbau soll im Einvernehmen mit dem Bauherrn durch denselben Unternehmer erfolgen, da die fertige Konstruktion keinerlei Anlaß zur Begreifung ihrer Standfestigkeit bietet.

WB. Dornach, 30. Juli. Am Mittwoch morgen wurde bei Dornach die Leiche der 36-jährigen Amerikanerin Mary Lewitt Löwen aus Buffalo mit einer Schußwunde tot aufgefunden.

Die Gegend wurde sofort durch Polizeihunde abgesucht und es gelang am Donnerstag mittag den Mörder in der Person des 16-jährigen Österreicher Johannes Hannschläger zu ermitteln und festzunehmen, der in der Nähe von Dornach auf einem Hofe bedienstet war. Der Täter gestand ein, daß er der Dame die Handtasche habe rauben wollen, auf ihre Hilferufe jedoch geflüchtet sei. Mary Löwen sei nach Dornach gekommen, um an den Kurien und Veranstaltungen der Anthroposophischen Gesellschaft teilzunehmen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Staatliche Prüfung von Krankenpflegerinnen.
Zu Mitgliedern der Prüfungskommission für die staatliche Prüfung von Krankenpflegerinnen an der beim Evangelischen Diakonissenhaus in Mannheim errichteten Krankenpflegerschule werden gemäß § 2 der Verordnung vom 1. Oktober 1919 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 496) ernannt:
Medizinalrat Dr. Sig. Dr. Seibert, Sacharzt für Chirurgie, Dr. Schmidt, sämtliche in Mannheim.
Karlsruhe, den 25. Juli 1925.
Der Minister des Innern
K e m m e l e

Bekanntmachung
Sammlungen.
Dem „Deutschen Rotband gegen die schwarze Schmach und die Verdrängung der besetzten Gebiete“ wurde auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) die widerrufliche Erlaubnis erteilt, in Baden bis zum 31. Dezember 1925 zugunsten seiner fahrgängigen Aufgaben die Werbung von Mitgliedern durch Werbeschriften und Zeitungsaufsätze sowie die Sammlung von Geldspenden auf vorgenannte Weise und durch persönlichen Besuch bei seinen Bestrebungen nahe- stehenden Personen vorzunehmen.
Karlsruhe, den 27. Juli 1925.
Der Minister des Innern
K e m m e l e

Sammlung zur Beschaffung von Mundfunkgeräten für Blinde.
Den Oberpostdirektionen Karlsruhe und Konstanz ist die Genehmigung erteilt, im Lande Baden die vereinstimmte Sammlung zur Aufbringung von Geldmitteln zu veranstalten, zwecks Anschaffung von Mundfunkgeräten für die badischen Blinden.
Karlsruhe, den 29. Juli 1925.
Der Minister des Innern
K e m m e l e

Von Montag, den 3. August an halten die Züge 1506, Denzlingen ab 6.18 vorm., 1509, Denzlingen ab 9.19 vorm., 1515, Denzlingen ab 1.34 nachm. und 1510 Elzach ab 10.20 vorm. regelmäßig in Niederwinden an. Vom gleichen Tag an bedienen die Züge 1504, Elzach ab 6.05 vorm. und 1523, Denzlingen ab 6.03 nachm. diesen Haltepunkt auch an Sonn- und Feiertagen.

GROSSE SCHWEIZER KUNSTAUSSTELLUNG
KARLSRUHE-BADEN / 19. Juli — 30. August 1925.
STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE KARLSRUHE
KUNST DES 19. JAHRHUNDERTS UND DER GEGENWART
SONDERRÄUME: BOECKLIN · HODLER · DISTEL · TOEPFFER · u. a.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Sonntag, 2. Aug., abends 7 Uhr, und 3. Aug., abends 7^{1/2} Uhr Das reizende Altwiener Singpiel
Das Dreimäderlhaus
von Franz Schubert-Berté
Billetts von M. 1.70—6.30 bei F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. 6.509

Nedarbrücke
Obrigheim-Diedesheim
bei Mosbach (Baden).
Am Sonntag, den 9. August ds. J., nachmittags 3 Uhr, findet in Obrigheim im Gasthaus zum Anker eine
große öffentliche Versammlung
aller Interessenten statt.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Denkschrift betr. Brückenbau Obrigheim-Diedesheim.
2. Aussprache.
3. Beschlußfassung betr. Eingabe an Regierung und Landtag.
Zahlreiches Erscheinen ist für alle Interessenten Ehrenpflicht!
Obrigheim-Diedesheim, den 1. August 1925.
Die Brückenbaukommission:
Dr. Boulanger-Mosbach, Kreis-Obrigheim, Graf R. von Helmstedt-Hochhausen, Horn-Obrigheim, Gorb-Diedesheim, Fren-Nedarzel, Gold-Agla-Hochhausen, J. Mayer-Mannheim-Obrigheim, Brenner-Mitteltierhof-Obrigheim. 6.596

Junger Mann,
27 Jahre alt, mit Primarreise, ledig, bisher in Industrie als Stenograph bzw. Stenotypist tätig, sucht in gleicher Eigenschaft Stellung bei staatlicher oder städtischer Verwaltung. Angebote unter G. 606 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bekanntmachung.
Die Stelle eines
Berufsbürgermeisters
für die **Antistadt Buchen** ist neu zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens **10. August ds. J.** an den Gemeinderat einreichen. 6.602
Buchen, den 10. Juli 1925.
Der Gemeinderat.
J. B. Eiermann.

Badische Lokaleisenbahnen
Aktien-Gesellschaft.
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der
26. ordentlichen Generalversammlung
welche am
Freitag, den 11. September 1925, vormittags 11 Uhr
in Karlsruhe im Sitzungssaal des Kreisrats, Karlsruhe 16, stattfindet, eingeladen.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Beschlußfassung über Genehmigung der Abschlußrechnung und Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Änderungen zu §§ 2, 4, 5, 12, 20, 21, 22, 25 und 30 der Gesellschaftsstatuten.
Geschäftsbericht und Bilanz liegen ab heute bei unserer Betriebskasse in Karlsruhe, Ettlingerstraße 53, zur Einsicht der Aktionäre auf.
Die Aktien oder die darauf bezüglichen Depotcheine der Reichsbank sind gemäß § 26 der Satzung spätestens 5 Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, vor 6 Uhr abends zu hinterlegen bei der Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin, Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Darmstädter und Nationalbank in Berlin, Rheinische Creditbank in Mannheim und Karlsruhe, Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M., Sal. Oppenheim jr. & Co. in Köln a. Rh., A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G. in Köln a. Rh., Wm. Schlutow in Stettin. 6.609
Karlsruhe, den 31. Juli 1925.
Der Aufsichtsrat.
gez. Wilhelm Frey, Vorsitzender.

Gaushaltungsschule
des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz
Karlsruhe, Herrenstraße 39
Wiedereröffnung der Anstalt am **Dienstag, den 1. September 1925.**
In diesem Tage beginnen sowohl die **Gaushaltungskurse für Internatalschülerinnen** als auch die **Kochkurse für Stadtschülerinnen.** Gleichzeitig soll der mit der Anstalt verbundene **Mittagsstisch** wieder eröffnet werden. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen.
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder mündlich erteilt durch den Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz, Kaiserallee 10, oder die Vorsteherin der Gaushaltungsschule, Fräulein Wilhelm, Herrenstraße 39.

Am 30. Juni 1925 waren im Gold-Hypothekenregister eingetragen:
Hypothekendarlehen über RM. 9 359 497.40
Im Umlauf befanden sich:
Goldhypothekenspfandbriefe über RM. 9 129 100.—
6.592
Rheinische Hypothekenbank Mannheim.

Pfälzisches Weingut mit großem Lager in Konsumweinen sucht tüchtigen, überall gut eingeführten
Vertreter,
Küfer oder kleinere Weinändler, denen Kommissionslager eingerichtet werden kann, werden bevorzugt.
Offerten unter E. 600 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Vertreter
in **Schreibartikel** gesucht. **Neuheit!**
Eilofferten unter E. 607 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Holst. Meierei-Tafelbutter
täglich frisch, versend. in 9 Pfd.-Postpaketen unter Nachnahme
Franz Koch,
Holsteinsche Meiereien
gegründet 1884 575
Westensee in Holstein.

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungs erleichterung
K Frankfurter 948

LANG
Karlsruh. 101 · Tel. 1073
Salmander-Schuhhaus

Metallbetten
Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suß (Här.).

1 Million cbm Erdbewegung
65 000 cbm Beton, hauptsächlich zum Bau einer Doppelschleufe,
3 500 qm eiserne Spundwände ohne Pfeiler, sowie umfangreiche Kanaldeckungen mit Konflag.
Die Angebotsunterlagen sind ab Freitag, den 7. August ds. J. gegen Entrichtung einer Gebühr von 80 RM. in Worten: Achtzig Reichsmark beim Nedardbauamt Heidelberg, Niederstraße 2, erhältlich. Nach auswärts werden dieselben nur gegen Voreinsendung des Betrages abgegeben.
Führungen zur örtlichen Einweisung finden statt: am 13., 18. und 24. August jeweils vormittags 10 Uhr; Treffpunkt Haltestelle der Straßenbahn, Zentralfriedhof Mannheim.
Die Angebote ohne Klantunterlagen sind mit Aufschrift „Los VII“ bis zum Öffnungstermin am **31. August 1925, vormittags 11 Uhr,** beim Nedardbauamt Heidelberg, Niederstraße 2, einzureichen. 6.606

Bergebung Eisen-Schrauben u. Steinbruchgeräthe.
Das Staatliche Vorphyrwerk Dossenheim a. d. W. vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung von Steinbruchgeräthen, verschiedenen Eisens, Stahl-, Schwarzblech, Schrauben usw.
Die Angebote hierauf müssen bis **14. August ds. J.** mit der Aufschrift „Angebot auf Lieferung von Eisen usw.“ eingereicht sein. Zuschlagsfrist 14 Tage. Angebotsbroschüre sind beim Staatlichen Vorphyrwerk Dossenheim a. d. W. erhältlich. 6.391

Nedardanfertigung. Arbeitsvergebung.
Die Arbeiten für Los VII, Gemachung Mannheim, der Stauffe Lodenburg werden im öffentlichen Wettbewerb vergeben. Sie umfassen u. a.: